



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben,
Schwule und Transgender**

Frau Bonnemann

Telefon: (0221) 221 29661

Fax: (0221) 221 29166

E-Mail: Susanne.Bonnemann@Stadt-Koeln.de

Datum: 21.11.2017

Niederschrift

über die **Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 21.09.2017, 17:00 Uhr bis 18:50 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau

Beigeordneter für Soziales, Integration und Umwelt

Stimmberechtigte Mitglieder

Kathrin Balke

Jugendzentrum anyway

Herr Björn Blank

SC Janus e.V.

Herr Helge David Gilberg

LSVD Ortsverband Köln e.V.

Frau Sophie Sängler

TX Köln

Herr Jochen Saurenbach

Rheinfetisch e.V.

Herr Michael Schuhmacher

Aidshilfe Köln e.V.

Herr Alf Bernd Spröde

Völklinger Krei e.V.

Herr Dirk Bachhausen

St. Sebastianus und Afra

Herr Stephan Borggreve

SC Janus e.V.

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Carolina Brauckmann

Rubicon e.V.

Herr Stephan Claasen

HomoKlüngel e.V. Entschuldigt

Frau Leonora Friese

TX Köln

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dirk Lankow

St. Sebastianus und Afra Schützenbrüderschaft v. 2012 e.V.

Beratende Mitglieder

Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes SPD

Herr Christoph Klausung	CDU
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE

Schriftführerin

Frau Susanne Bonnemann	Diversity - Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender (5001/3)
------------------------	---

Verwaltung

Frau Nina Rehberg	Verwaltung - Diversity (5001)
Herr Dr. Rainer Heinz	

Verwaltung

Herr Franco Prandi	Amt für Personal, Organisation und Innovation (111-2)
Frau Inge Steinbach	Amt für Kinder, Jugend und Familie (512-5-1)
Dr. Anne Bunte	Gesundheitsamt (53)
Frau Ursula Adams	

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dr. Beate Blatz	Rubicon e.V.
Herr Jens Pielhau	KLuST e.V.
Frau Ina Wolf	KLuST e.V.

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Thilo Fußén	Aidshilfe Köln e.V.
Frau Pia Gleditzsch	TX Köln
Herr Harald Hennicken	Rheinfetisch e.V.
Frau Nicole Sperrmann	Jugendzentrum anyway

Beratende Mitglieder

Herr Niklas Kienitz	CDU
Frau Svenja Rabenstein	GRÜNE
Herr Bürgermeister Andreas Wolter	GRÜNE
Herr Ulrich Breite	FDP
Frau Gesine Ahlzweig	auf Vorschlag von DIE LINKE
Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP

Verwaltung

Herr Christian Rahmfeld	Diversity - Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender (5001/3)
Herr Stephan Jacobs	E-Government und Online-Dienste (1300-2)
Frau Monika Blättermann	Dezernat III
Frau Barbara Steinraths	Amt für Soziales und Senioren (501)
Herr Klaus-Peter Völlmecke	Amt für Kinder, Jugend und Familie (511)
Herr Jürgen Kube	Amt für Wohnungswesen (56)

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender**
- 1.1 Verpflichtung neuer Mitglieder
- 2 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung und der Tagesordnung**
- 3 Verwaltungsreform der Stadt Köln**
- 3.1 Vortrag zur Verwaltungsreform
- 4 Trans***
- 4.1 Trans* im Krankenhaus
- 4.1.1 Fachvortrag zur Studie „Transgender im Krankenhaus“
- 4.2 Schwimmzeiten für Trans*
hier: mündlicher Sachstandsbericht
- 5 Sachstandsberichte und Mitteilungen**
- 5.1 Städtepartnerschaftlicher Austausch zum CSD 2017
hier: mündlicher Sachstandsbericht
- 5.2 Aktionsplan LSBTI
hier: mündlicher Sachstandsbericht
- 5.3 Studie: LSBTI als wirtschaftlicher Standortfaktor
hier: mündlicher Sachstandsbericht
- 5.4 Mehrstellen für LST im Stellenplan 2018
- 5.4.1 LST im Haushaltsjahr 2018 - v e r s c h o b e n auf TOP 8.1.1 - 2719/2017

- 5.5 Dialog mit der Polizei
hier: mündlicher Sachstandsbericht
- 5.6 Austausch zur Situation auf der Schaafenstraße: hier mündlicher Sachstandsbericht - v e r s c h o b e n auf TOP 8.1.1 -
- 6 LSBTI Geflüchtete**
- 6.1 Wohnungssituation für LSBTI-Geflüchtete
- 6.1.1 Unterbringung von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten mit LSBTI* Hintergrund Wohnprojekt Vogelsang
2879/2017
- 7 Sichtbarkeit von Lesben in Köln**
- 8 Diversity**
- 8.1.1 vorher 5.4.1 LST im Haushaltsjahr 2018
2719/2017
- zugesetzt –
- 9 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 9.1 Auswahl von Delegationsmitgliedern für Reisen in Partnerstädte
hier: mündliche Anfrage von Herrn Blank aus der Sitzung vom 08.06.2017
- 9.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Stadt AG LST vom
08.06.2017
Delegationsreisen
2867/2017

10 **Berichte aus Ausschüssen**

11 **Beschlüsse/Beschlussempfehlungen**

11.1 Benennung stellvertretender sachkundiger Einwohner Sportausschuss

12 **Anfragen/Anträge**

13 **Öffentlichkeitsarbeit**

14 **Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender**

15 **Verschiedenes**

15.1 Fachtag "Zusammenhalten: sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Jugendhilfe"

15.2 GAY*COM 2017: Städtetag für LSBT*-Arbeit in NRW

15.3 Erste Ehe-Schließungen gleichgeschlechtlicher Paare in Köln

I. Öffentlicher Teil

1 Begrüßung zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Beigeordneter Herr Dr. Rau begrüßt die Anwesenden. Er weist daraufhin, dass Herr Christian Rahmfeld, Leiter der Fachstelle LST krankheitsbedingt nicht an der heutigen Sitzung teilnehmen kann.

Beigeordneter Herr Dr. Rau begrüßt als Gast zu TOP 3.1 „Verwaltungsreform der Stadt Köln“ Herrn Dr. Heinz aus dem Büro der Oberbürgermeisterin, Referat für Strategische Steuerung. Als Gast zu TOP 4.1 „Trans* im Krankenhaus“ begrüßt er Herrn Ramon Koreman, stellvertretenden Pflegedirektor des Augustinus Krankenhauses in Düren. Die Gäste stünden für Informationen und für Rückfragen zur Verfügung.

Beigeordneter Herr Dr. Rau verkündet, dass die sogenannte „IDA-Stelle“ in der Dienststelle Diversity jetzt besetzt sei. Herr Fabian Stangier konnte eingestellt werden und sei zuständig für „Prävention und Abbau von Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung im Rahmen von Diversity (IDA)“.

1.1 Verpflichtung neuer Mitglieder

Beigeordneter Herr Dr. Rau stellt die neuen Mitglieder der Stadt AG vor: Frau Leonora Friese nehme ab heute für TX Köln an den Sitzungen der Stadt AG LST teil. Sie sei die Nachfolgerin von Frau Pia Gleditzsch. Herr Stephan Borggreve vertrete ab sofort den SC Janus als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied in der StadtAG LST. Er sei der Nachfolger von Herrn Armin Lohrmann.

Es erfolgt die Verpflichtung in das Ehrenamt und die Verpflichtung zur Verschwiegenheit.

Beigeordneter Herr Dr. Rau bedankt sich - als Vorsitzender der Stadt AG LST bei Frau Gleditzsch und Herrn Lohrmann für ihren ehrenamtlichen Einsatz in der StadtAG.

2 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung und der Tagesordnung

Beigeordneter Herr Rau stellt fest, dass die Niederschrift zur letzten Sitzung (08.06.2017) noch zu genehmigen sei. Da diese erst letzten Mittag verschickt und veröffentlicht wurde, schlug er vor, die Genehmigung der Niederschrift auf die nächste Sitzung zu verschieben. Er bittet die verspätete Zusendung zu entschuldigen.

Beigeordneter Herr Dr. Rau erklärt, dass die Tagesordnung nochmal geändert worden sei und noch eine Tischvorlage vorläge. Er erläutert, dass es von Seiten der Verwaltung folgende Zusetzungen zur Tagesordnung gebe:

Unter TOP 5 „Sachstandsberichte und Mittelungen“

- 5.4.1 LST im Haushaltsjahr 2018
2719/2017
- 5.5 Dialog mit der Polizei
hier: mündlicher Sachstandsbericht

- 5.6 Austausch zur Situation auf der Schaafenstraße: hier mündlicher Sachstandsbericht

Bei TOP 6 „LSBTI Geflüchtete“

- 6.1 Wohnungssituation für LSBTI-Geflüchtete
- 6.1.1 Mitteilung 2879/2015: Unterbringung von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten mit LSBTI* Hintergrund Wohnprojekt Vogelsang

Bei TOP 9 „Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen“

- 9.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Stadt AG LST vom 08.06.2017
Delegationsreisen
 - 2867/2017

Beigeordneter Herr Dr. Rau fügt hinzu, dass es außerdem eine Tischvorlage unter dem Tagesordnungspunkt 11.1 gebe

- Benennung stellvertretender sachkundiger Einwohner Sportausschuss. Hierbei handele es sich um einen Antrag für eine Beschlussempfehlung von Herrn Björn Blank.

Weitere Zusetzungen gebe es unter TOP 15: „Verschiedenes“

15.1 Fachtag "Zusammenhalten: sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Jugendhilfe"

15.2 GAY*COM 2017: Städtetag für LSBT*-Arbeit in NRW

15.3 Erste Ehe-Schließungen gleichgeschlechtlicher Paare in Köln

Beigeordneter Herr Dr. Rau schlägt folgende Änderungen zur Tagesordnung vor:

TOP 5.4 und TOP 5.4.1. mögen verschoben werden und seien nun unter dem ständigen TOP „Diversity“ also unter 8.1. zu behandeln, da es sich bei TOP 5.4.1 LST im Haushaltsjahr 2018 bei der Vorlage nicht um eine Mitteilung handele, sondern um eine „Beantwortung eine Anfrage“ aus dem Bereich „Diversity“.

Die genannten Zusetzungen und Änderungen der Tagesordnung werden einstimmig beschlossen.

Beigeordneter Herr Dr. Rau weist darauf hin, dass er im direkten Anschluss an diese Sitzung einen Folgetermin habe, deshalb versuche er die Sitzung bis 18.45h zu beenden, ansonsten würde Frau Rehberg in Vertretung für ihn die Sitzungsleitung übernehmen.

3 Verwaltungsreform der Stadt Köln

3.1 Vortrag zur Verwaltungsreform

Beigeordneter Herr Dr. Rau weist darauf hin, dass die Verwaltung sich darüber freue, dass das „Projekt“ Verwaltungsreform der Stadt Köln mit großem Engagement aller angegangen worden sein. Er bittet Herrn Dr. Heinz seinen Fachvortrag zu halten.

Der Fachvortrag von Herr Dr. Heinz kann den Anlagen entnommen werden.

Frau Rehberg ergänzt am Ende des Vortrags, was mit „Implementierung von Diversity Management im Rahmen der Verwaltungsreform“ gemeint sei: Es gehe dabei um zwei Reformprojekte in zwei Bereichen: im Dezernat V und dem Büro der Oberbürgermeisterin. Das Sportamt mache sich mit einem eigenen Projekt selbstständig auf

den Weg. Frau Rehberg habe die Federführung für das Projekt im Dezernat V. Für das Projekt im Büro der Oberbürgermeisterin wie auch im Sportamt sei sie fachlich begleitend involviert. In diesen drei Bereichen solle der Diversity Ansatz in den nächsten 12-18 Monaten umgesetzt werden. Auftakt der Projekte bilden Schulungen für die Führungskräfte, aus denen sich dann Maßnahmen für die Umsetzung in den jeweiligen Bereichen ergeben werden. Sie ist die langfristige Umsetzung von Diversity Management in diesen Verwaltungsstrukturen und damit eine Änderung der Unternehmenskultur. Gerne werde Frau Rehberg auch zukünftig über den Sachstand der Projekte berichten.

Beigeordneter Herr Dr. Rau schlägt vor keine inhaltliche Diskussion an dieser Stelle zu starten, sondern nach der ersten Phase der Projekte den Sachstand zu thematisieren. Er halte die Anwesenden auf dem Laufenden über diesen 5-Jahres Reformprozess. Er fragt ob alle damit einverstanden seien.

Herr Spröde Stimmt dem zu, möchte aber noch auf einen Aspekt aufmerksam machen: Die Beteiligung der verschiedenen Gremien. Es ginge ihm nicht nur um die Fragen, die er vielleicht habe oder den Stand der Dinge. Er würde gerne mit eingebunden werden in den Prozess der Verwaltungsreform und dies nicht nur mit Fragen und Antworten. Er fragt, wo er - und eventuell noch andere - einen Beitrag leisten könnten, insbesondere auch mit eigenen Expertisen. Er stelle sich selber zur Verfügung und denke, dass sich auch die StadtAG LST daran beteiligen wolle.

Herr Saurenbach fragt wann die Oberbürgermeisterin ihr Wahlversprechen einhält, bei dem es darum ginge, die Dienststelle Diversity mit in das Büro der Oberbürgermeisterin zu holen. Er erläutert, dass es für die ganze Verwaltungsreform bzw. die Projekte einen ganz anderen Stellenwert hätte, wenn über dem "Label" Büro der Oberbürgermeisterin stände, als jetzt im Sozialdezernat. Dies hätte auch ein anderes Gewicht und endlich könnten alle 2,5-Stellen besetzt werden

Herr Dr. Heinz beantwortet zunächst die Frage von Herrn Spröde damit, dass es zu den insgesamt hundert Projekten diverse Beteiligungsmöglichkeiten innen und außen geben wird. Wenn aber die Stadt AG LST den Wunsch äußere, in einer gesonderten Situation ihre Perspektive auf die Verwaltungsreform zu spiegeln, dann würde er dieses Angebot gerne mitnehmen und versuchen es Anfang nächsten Jahres zu realisieren. Man könne auch in einer der folgenden Sitzungen besprechen, ob und wie die StadtAG sich beteiligen möchte, denn es ginge ihnen darum möglichst viele Perspektiven, auch im Sinne von Diversity, auf die Verwaltungsform widerzuspiegeln. Eine Beteiligung wäre dieses Jahr aber nicht mehr realisierbar, sondern erst Anfang nächsten Jahres. Auf den Beitrag von Herrn Saurenbach Bezug nehmend betont Herr Dr. Heinz, dass bislang noch keine Entscheidung getroffen wurde. Insofern wäre das Thema momentan auch noch nicht Bestandteil der Verwaltungsreform.

4 Trans*

4.1 Trans* im Krankenhaus

4.1.1 Fachvortrag zur Studie „Transgender im Krankenhaus“

Beigeordneter Herr Dr. Rau stellt Herrn Ramon Koreman vor, der durch Frau Sophie Sänger von TXKöln eingeladen wurde, um seine Ergebnisse seiner Studie vorzustellen. Die Studie wurde zum Thema „Transgender im Krankenhaus“ durchgeführt. Herr Koreman ist stellvertretender Pflegedirektor des Augustinus Krankenhauses in Düren erklärt Herr Dr. Rau und gibt das Wort an Herrn Koreman weiter.

Herr Koreman bedankt sich zunächst dafür, an dieser Sitzung der Stadt AG LST teilnehmen und seine Studie vorstellen zu können. Er erläutert, wie sei es dazu gekommen sei: Bis vor ungefähr einem Jahr habe er noch bei den Kliniken der Stadt Köln als Abteilungsleiter der Notfallambulanz gearbeitet. Frau Sänger sei dort auf ihn zugekommen, mit der Frage, ob es Konzepte oder ähnliches gebe über die Aufnahme von Transgender in Krankenhäusern. Ihm sei als erstes in den Sinn gekommen: „Keine Ahnung“. Es sei für ihn nie ein Thema gewesen. Da er zu dem Zeitpunkt nebenbei noch studierte, habe er daraufhin entschieden seine Masterarbeit zu dem Thema „Transgender im Gesundheitswesen“ zu schreiben. Bei der ganzen Studie habe es auch ihn aus der Bahn geworfen. Es gebe sehr viel Literatur über die geschlechtsangleichenden Operationen, jedoch beschäftige sich keiner momentan mit dem Umgang von Transgendern im Krankenhaus. Man beschäftige sich nicht mit der Situation, dass eine Person in eine Klinik komme, die keine oder noch keine geschlechtsangleichende Operation gehabt habe. Die Frage sei, wie könne man die Krankenhäuser auf diese besondere Situation vorbereiten. Er sehe viel Schwierigkeit in der Bezeichnung „Transidentität/Transgender“. Welcher Personenkreis falle darunter? Wer bezeichne sich wie? Da gebe es eine Vielzahl von Bezeichnungen. Er komme auf ungefähr 120 Bezeichnungen, welche sich aber nicht einordnen lassen. Sein Ziel mit seiner Masterarbeit sei es nicht, klassischerweise 300 Seiten zu schreiben, sondern eine kurze, knappe und präzise Arbeit vorzulegen, die sich jeder nehmen könne und damit eine Handlungsempfehlung vorliegen habe. Ein Ergebnis sei, dass es bisher noch keine Handlungsempfehlung gebe. Er habe dafür eine qualitative Befragung gemacht, zwei Gruppengespräche (mit jeweils 15 Personen) und zwei Einzelinterviews. Er sei ganz offen und allein mit der Frage: „Was haben Sie im Gesundheitswesen schon für positive oder negative Erfahrungen gemacht?“ in die Gespräche gegangen, um zu gucken, was für Lösungsansätze von den transidente Personen selbst vorgeschlagen würden.

Aus diesen Gesprächen habe es Ergebnisse für die folgenden drei Bereiche gegeben: das Krankenhaus als Organisation, die Mitarbeitenden und die transidenten Patienten selbst.

1. Für den Bereich „Das Krankenhaus als Organisation“.
 - Bei der standardisierten Informationsaufnahme im Krankenhaus müsse man schon beim Geschlecht beginnen und dort auch Transgender mit aufzählen, damit man einen Anhaltspunkt habe, auf den man zurückgreifen kann und damit sofort klar sei, dass auf diesen Patienten mehr eingegangen werden müsse - immer in Zusammenarbeit mit dem Patienten.
 - Dann müsse man die Dokumentation verbessern. Was aus der Befragung ganz deutlich würde, es gebe eine Stigmatisierung in der Diagnosen-Klassifikation. In einem Arztbrief stehe immer eine Litanei, ein Diagnose-Schlüssel für bisherige Befunde. Und wenn einmal F64.0 (die Transidentität) aufgeführt sei, werde

diese immer weitergeführt. Es sei das gleiche, wie wenn man ins Krankenhaus geliefert wird mit einem Leistenbruch, dieser werde die nächsten Jahre immer weiter geführt. Den Leistenbruch interessiere nachher nur keinen mehr, weil dieser behandelt wurde und keine Krankheit sei. Genauso sei es mit der Transidentität, diese sei keine Krankheit. Wenn man sich deswegen behandeln lasse, z.B. in einem Krankenhaus zur geschlechtsangleichenden Operation oder zur Hormontherapie etc. dann müsse dies weiter gegeben werden an den weiterbehandelnden Arzt. Aber wenn man zur Gallenoperation etc. gehe, spiele die Transidentität als Diagnoseschlüssel keine Rolle. Also müsse sie auch nicht aufgeführt werden. Dazu müsse eine Aufklärung bzw. eine Umsetzung in den Krankenhausstrukturen stattfinden, damit die Diagnose Transidentität dann nicht mehr weiter geführt werde.

- Ein ganz heikles Thema sei die Unterkunftslösung. Benachbarte Länder, wie z.B. die Niederlande, würden das ganz pragmatisch sehen. Dort gebe es grundsätzlich keine Geschlechtertrennung in den Zimmern. Männlein, Weiblein, Transidente, alle würden in einem Raum liegen und ausschließlich durch einen Vorhang getrennt werden. Hier in Deutschland dagegen, gebe es immer noch Männer- und Frauenzimmer. In ganz seltenen Fällen gebe es sogar noch reine Männer- und Frauenstationen. Dies sei natürlich unabhängig von der Gynäkologie und Geburtshilfe, sondern in der Chirurgie oder anderen Stationen. In dem Fall der Transidentität sei es natürlich schwierig, eine klare Zuordnung zu fassen. Fragen ergeben sich: Solle die transidente Person in ein Männer- oder in ein Frauenzimmer gelegt werden? In welcher Form befinde sich diese Person, inwieweit ist sie persönlich gefestigt? In diesem Fall sei die einzige Lösungsstrategie: die offene Kommunikation mit dem jeweiligen Patienten. Es müsse geklärt werden, was aufgrund der vorliegenden Versorgungsstrukturen angeboten werden könne. In einer Situation, in der gesetzlich Versicherten in der Regel nur Dreibettzimmer zur Verfügung stehen und Privatpatienten oder privatzusatzversicherte Patienten Zwei- oder Einbettzimmer - oder wahlweise die Zuzahlung. Hier müsse man in den Dialog tauchen, da ein Krankenhaus auch immer ein Wirtschaftsunternehmen sei. Man müsse gucken wie man übereinkomme. Habe man gerade ein Einzelzimmer frei? Wenn das die optimale Lösung sei, könne man das auch kostenfrei zur Verfügung stellen. Aber das könne keine Standardlösung sein.
2. Zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern:
- Die klassische Aus- Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter. Man müsse sie schulen. Was bedeute Transidentität? Er sei ganz offen auf seine Mitarbeiter zu gegangen und auf Kollegen in anderen Häusern und habe gefragt, ob diese eine Idee hätten. „Habt ihr schon mal Kontakt zu transidenten Personen gehabt? Und alle hätten dies verneint. Wenn man das statistisch sehe, sei das völliger Quatsch. Deswegen müsse man alle fortbilden, nicht nur über die geschlechtsangleichende Operation, sondern über den Umgang, darüber wie man gehe man mit den Patienten umgehe.
 - Eine weitere Möglichkeit sei, die Ansprechbarkeit für Transgender herzustellen. Hier zum Beispiel wäre eine Möglichkeit, die Zuständigkeit der Gleichstellungsbeauftragten, die sich mit den Geschlechtsformen und den rechtlichen Rahmenbedingungen gut auskennen, auf das Themenfeld „Transgender“ auszuweiten - sowohl für Mitarbeiter als auch Patienten.
 - Es sei wichtig zu bedenken, dass ja nicht nur als Krankenhaus und seine Mitarbeiter eine Rolle spiele, sondern, sondern auch die Mitpatienten. Diese seien meist auch nicht aufgeklärt und unter Umständen auch völlig unwissend. Erst in den letzten Wochen und Monaten sei das Thema in den Medien präsenter ge-

worden. In Filmen und Reportagen tauche inzwischen sogar das Thema Transidentität bei Kindern auf. Aber auch das Krankenhaus müsse aufklären können. So stellen die Mitarbeiter ein Bindeglied zwischen den transidenten Personen und den Patienten dar. Hier könne nur Abhilfe geschaffen werden, wenn ein Dialog zwischen den Mitpatienten und der transidenten Person in ganz behutsamem Maße stattfinde. Dazu müsse natürlich auch mit der transidente Person vorher geklärt werden, inwieweit man das gemeinsam machen wolle.

3. Zu den transgender Patienten selbst

- Die transgender Person sollte selbst auch bereit sein, offen mit dem Thema umzugehen, am besten von Beginn an, also im Aufnahmegespräch – unter vier Augen.
- Eine weitere wichtige Möglichkeit sei auch der DGTI-Ausweis, den jede und jeder bei sich tragen sollte und bei der Aufnahme dann mit abgeben könne. So bekomme das Krankenhaus einen ersten Anhaltspunkt, ohne dass die transidente Person das Thema von sich aus, als erstes ansprechen müsse.
- Hinzu könne die transidente Person auch eine Vorsorge durch eine private Zusatzversicherung. Wenn man für sich keine andere Lösung sehe, sodass man sich selber für relativ kleine Beträge privat versichert.

Beigeordneter Herr Dr. Rau bedankt sich bei Herrn Koreman für den Vortrag. Er begrüßt das Engagement von Herrn Koreman. Es sei wichtig und gut, dass jemand den Auftakt mache und eine erste Studie erstellt habe. Die sei hoffentlich auch Anlass für weitere Studien. Er fragt in die Runde ob noch jemand Fragen zu dem Thema habe.

Frau Braukmann bedankt sich für die Ausführung. Sie finde es gut, dass das Thema angeregt wurde und sei erstaunt darüber, wie wenig es in den Krankenhäusern verankert sei. Auch in der kultursensiblen Pflege, speziell in Bezug auf das Alter, wäre man gerade noch in den Anfängen. Das Thema Mitarbeitende über sexuelle Identitäten und geschlechtliche Vielfalt aufzuklären betrachte sie als sinnvoll und müsse mehr verankert werden. Sie denke dabei an den Frankfurter-Verband und Münchenstift, welche als große Häuser den Anfang machen könnten. Von Krankenhäusern habe sie das noch nicht gehört, obwohl es sehr nahe läge. Sie fragt, ob es vorstellbar wäre das Thema in die Pflegeschulen zu tragen, damit Lehrende, Eltern oder Schüler*innen sich mit dem Thema auseinandersetzen können. Ferner würde sie gerne wissen, ob es einen Hebel in der Fortbildung gebe, damit es in die Ausbildungsprogramme komme und zu Diversity gehöre.

Beigeordneter Herr Dr. Rau merkt an, dass zuerst verschiedene Fragen gesammelt werden, bevor geantwortet werde.

Herr Schuhmacher bedankt sich. Er wolle nur kurz zwei Anmerkungen machen. Er sei froh, dass man an so einem konkreten Beispiel nachvollziehen könne was es bedeutet sich im richtigen Leben mit dem Thema auseinander zu setzen. Er habe eine ähnliche Fragestellung zur Umsetzung von der Leiterin der JVA in Köln gehört. Hier ist das Thema auch ein großes, zumal die Unterbringung nicht freiwillig sei. In der JVA werde die Frage der Unterbringung so gelöst, dass der Arzt oder die Ärztin entscheide, ob die Person in den Männer- oder Frauentrakt kommt. Wenn er das zu Ende denke, glaube er, dass es nicht gut gehen kann. Er wolle noch an Frau Braukmanns Worte anschließen, das Thema müsse präsenter werden. Das Thema erinnere ihn sehr an die ersten Jahre zum Thema HIV. Auch hier sei eine starke Öffentlichkeit und Präsenz in den Medien der richtige Weg gewesen.

Herr Spröde bedankt sich auch für die Ausführung. Bei Krankenhäusern oder auch bei der Pflege seien viele konfessionelle Träger zuständig, für die es ein völlig klares Bild gebe. Und das Bild, bei dem es mehr als nur Mann und Frau gebe, das sei dort

gar nicht vorgesehen. Nun seien nicht mehr viele Ordensschwestern und Ordensbrüder aktiv in der Pflege. Zum Beispiel seien die Alexianer sehr divers aufgestellt. Ansonsten, bei Einrichtungen, wo noch konfessionell dran stehe, sei es schwierig überhaupt rein zu kommen, um dort einen Kulturwandel anzustoßen. Die Richtlinien seien dort auch noch relativ dogmatisch verankert. Er sehe da auch die Aufgabe vom Staat und der Politik. Zum Beispiel bei einem Aktionsplan könne man diese konfessionellen Träger nur refinanzieren, wenn es eine Verpflichtung zu einem Kulturwandel gebe.

Frau Sänger kündigt an, dass sie gerne einen konkreten Schritt vorschlagen möchte. Man habe ja gehört, dass der Bereich Ausbildung ein wichtiger Schlüssel sei. Deshalb würde sie gerne vorschlagen, mit einer Informationsveranstaltung ganz konkret zu beginnen. Zum Beispiel exemplarisch im Städtischen Krankenhaus in Porz wo Herr Dr. Rau im Stiftungsbeirat sitze. Vielleicht könnte man da einen ersten gemeinsamen Schritt gehen. In Form einer Präsentation z.B. für die Pflegekräfte oder einem ausgewählten Kreis.

Herr Koreman geht als erstes auf den Ansatz für Ausbildungsinhalte ein. Unter dem Stichpunkt der „kultursensiblen Pflege“ sei jede Schule dazu in der Lage das Thema Transgender zu implementieren ohne dass es eine gesetzliche Vorgabe o.ä. geben müsse. Es gebe zum Beispiel Schulen für Rettungssanitäter, die Schulungen zu „kultursensibler Pflege“ jährlich anbieten würden. Zur zweiten Frage, zur Haltung der Kirche, da sei er ganz optimistisch. Er komme aus einem katholischen Haus. Das Augustinus Krankenhaus sei ein Katholischer Träger und man sei da ganz offen. Er stehe auch in Kontakt zu vielen anderen Krankenhäusern, die in konfessioneller Trägerschaft liegen, aus seiner Sicht könne man dort gut andocken. Er sei davon überzeugt, dass es nur in den seltensten Fällen Schwierigkeiten mit den Häusern gebe, in der Umsetzung nachher.

Frau Friese ergänzt, dass sie etwas im Internet recherchiert habe und dabei ist sie auf die Kliniken der Stadt Köln gekommen. Hier gebe es ein LSBTI-Netzwerk, das „OPEN“ heiße.

Beigeordneter Herr Dr. Rau erklärt, dass er an dieser Stelle einen Vorschlag der Verwaltung einbringen möchte. Man sehe in diesem grundsätzlichen Thema sehr große Bedeutung, deswegen wolle man es nicht bei diesem einen Vortrag belassen. Man würde gerne ein Format finden, mit dem man weiter arbeiten könne. Dieses Format könne zum Auftakt ein Fachgespräch sein zu dem man gerne einladen würde. Und zu dem man dann auch gerne Vertreter sowohl kommunale, kirchliche wie auch privater Einrichtungen einladen könne. In diesem Fachgespräch könne man schauen, wer etwas beitragen könne, um an dieser Thematik weiter zu arbeiten, damit man am Ende vielleicht so etwas wie eine Grundlage für die Kölner Krankenhäuser bekomme. Das könne ein Ziel sein. Er fragt in die Runde, ob dies ein Format wäre, mit dem man weiter arbeiten könne?

Es erfolgt Zustimmung auf den Vorschlag.

Frau Rehberg erklärt, dass man bis zur nächsten Stadt AG im November auf jeden Fall konkreter werden könne.

Herr Schuhmacher schlägt vor, jemanden wie Herrn Koreman oder andere, die sich mit dem Thema wissenschaftliche beschäftigen haben, bei so einem Treffen mit einzubeziehen.

Frau Rehberg bedankt sich und möchte in diesem Zusammenhang den Vorschlag unterbreiten, dass alle, die Kontaktpersonen oder Institutionen kennen, die eingeladen werden könnten, diese Namen an sie oder die Fachstelle schicken könnten.

Frau Braukmann findet es hervorragend, dass man dieses Thema in dieser Weise aufgreife. Sie halte es für sinnvoll, dass auch die Expertise aus der Trans*Szene und den Trans*- Beratungen einbezogen werde.

Beigeordneter Herr Dr. Rau schließt den Punkt ab und bedankt sich nochmal bei Herrn Koreman.

4.2 Schwimmzeiten für Trans* hier: mündlicher Sachstandsbericht

Frau Bonnemann berichtet für die Fachstelle LST, dass es leider noch nicht viel Neues zu berichten gäbe. Dies läge an der Tatsache, dass die Fachstelle LST im Moment so knapp besetzt sei. Der CSD sowie die Vorbereitungen für den Aktionsplan und die Wirtschaftsstudie hätten sehr viel Kapazität in den letzten Monaten verwendet. Das Thema stehe weiterhin auf ihrer To-Do-Liste. Sie würde sich bemühen, im Herbst ein weiteres Gespräch zu veranlassen.

Herr Blank merkt dazu an, dass er an dem ersten Gespräch teilgenommen habe. Er regt an, dass man nochmal mit dem Sportamt in Verbindung trete. Beim SC Janus werde zurzeit auch intern darüber diskutiert, ob es ein spezielles Sportangebot für Transsexuelle geben sollte.

Beigeordneter Herr Dr. Rau erwähnt, dass man diesen Aspekt aufnehmen würde und erkundigt sich, ob es noch weitere Fragen gebe.

5 Sachstandsberichte und Mitteilungen

5.1 Städtepartnerschaftlicher Austausch zum CSD 2017 hier: mündlicher Sachstandsbericht

Beigeordneter Herr Dr. Rau berichtet, dass der städtpartnerschaftliche Austausch erfolgreich verlaufen sei und möchte sich an dieser Stelle auch ganz herzlich bedanken bei all denen, die bei der Organisation und Durchführung dieses Austausches beteiligt waren. Speziell möchte er sich als erstes bei all denen bedanken, die sich ehrenamtlich engagiert haben. Den ehrenamtlich engagierten Frauen aus dem Arbeitskreis „Lesbische Sichtbarkeit“ sei ganz besonders zu danken. Er habe Hochachtung für Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren und dies sei mit einem besonderen Engagement beim städtpartnerschaftlichen Austausch geschehen. Zusätzlich möchte er die Hauptverantwortlichen nennen. Zu den Hauptverantwortlichen gehörten Frau Bonnemann aus der Fachstelle LST und Frau Dreiocker vom Referat für Internationale Angelegenheiten aus dem Büro der Oberbürgermeisterin. Die Kolleginnen seien nicht nur bei der Planung aktiv gewesen, sondern hätten sich während des Austausches vier Tage lang – zusammen mit den Ehrenamtlichen - um die Betreuung der zehn internationalen Gäste gekümmert. Der Austausch habe schon damit begonnen, dass verschiedene Ehrenamtliche die Gäste an den Flughafen Köln und Düsseldorf abgeholt und empfangen hätten. Er bedankt sich nochmals herzlichst bei beiden und gibt an der Stelle das Wort an Frau Bonnemann weiter.

Frau Bonnemann beschreibt den Austausch aus der Sicht der Fachstelle LST als großen Erfolg. Das Ziel sich zu vernetzen, Kontakte zu knüpfen und sich gegenseitig zu inspirieren sei erreicht worden. Ebenso sei es gelungen Solidarität zu zeigen und den lesbischen Aktivistinnen aus Russland, Polen, Rumänien, Griechenland und Tunesien „Empowerment“ zu geben. Die Gäste seien dankbar und inspiriert gewesen, aber auch alle Beteiligten von Kölner Seite seien sehr angetan von diesem Austausch gewesen. Sowohl die Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung als auch die Zu-

sammenarbeit mit den einzelnen Trägern und Ehrenamtlichen sei gut gelaufen. An dieser Stelle möchte sie sich ebenfalls bei allen Kolleginnen, Kollegen und Ehrenamtlichen bedanken – vor allem bei den Mitgliedern des Kölner Arbeitskreises „Lesbische Sichtbarkeit“, der Arbeitsgruppe der StadtAG LST sowie dem LSVD, der den Austausch mit den Aktivistinnen und Aktivisten aus der Partnerstadt Tunis separat organisiert habe. Des Weiteren sei der Austausch ebenso medial gut angekommen. In der halbstündigen WDR- Reportage über den Kölner CSD seien die internationalen Gäste der Stadt Köln gezeigt und erwähnt worden sowie ein kurzes Statement ihrerseits zum städtepartnerschaftlichen Austausch der Stadt Köln. Darüber hinaus liege ein Artikel aus der Kölner Rundschau aus, der über die Fachtagung berichte, die während des Austauschs stattgefunden habe. Frau Brauckmann werde im Anschluss noch etwas ergänzen.

Leider sei der Austausch von einem Vorfall überschattet worden, bei dem einer der vier Gäste aus Wolgograd, der zur CSD Parade als Drag-Queen mitging, auf dem Heimweg zurück ins Hotel am Sonntagnachmittag einen homo-transfeindlichen Angriff erlebt habe. Es sei unmittelbar nach dem Angriff Anzeige bei der Polizei erstattet worden. Es sei jedoch bezeichnend, wenn selbst am CSD-Wochenende in Köln innerhalb der Ringe Menschen vor homo- oder trans*phoben Angriffen nicht sicher sein können. Ansonsten seien die Auswirkungen des Austausches positiv gewesen. Ein Beispiel dafür sei, dass eine Teilnehmerin aus Rumänien, letzte Woche rückmeldete, dass sie durch Kontakte, die sie während des Austauschs in Köln geknüpft habe, jetzt die Möglichkeit habe, an der ersten „European Lesbian Conference“ im Oktober in Wien teilnehmen zu können. In Köln habe die Rumänin erfahren, dass es eine finanzielle Unterstützung für Aktivistinnen gebe, die sich eine Teilnahme an der Konferenz sonst nicht leisten könnten oder aus Ländern kämen, in denen die Menschenrechte für LSBTI nicht gewährleistet seien. Ebenso sei zu erwähnen, dass über eine lesbische Teilnehmerin aus Tunesien, die eine der Hauptorganisatorinnen eines internationalen feministischen Festivals in Tunis sei, sowohl im „Missy Magazin“ als auch kürzlich im Deutschlandfunk berichtet worden sei.

Frau Brauckmann ergänzt aus der Sicht des Arbeitskreises „Sichtbarkeit von Lesben in Köln“, dass es eine hervorragende Zusammenarbeit mit der Stadt Köln und der Fachstelle LST gegeben habe. Man habe nicht nur vier Tage lang das stringente Programm erfolgreich zusammen bewältigt, sondern auch die gemeinsame Vorbereitung habe bereits Spaß gemacht. Sie hoffe, dass der Austausch von Nachhaltigkeit gekrönt sei. Einen Artikel aus dem Szene-Magazin „Fresh“ habe sie auf den Tischen ausgelegt. Außerdem möchte sie betonen, dass sie die Fachkonferenz, das inhaltliche Herzstück des Austauschs, sehr wichtig fand. Innerhalb eines Vormittags so viel Inhalt transportiert zu haben, sei keine einfache Aufgabe gewesen. Hinzu komme, dass diese Fachkonferenz auf Englisch abgehalten wurde. Der Vormittag habe für sie und für andere nochmals klar gemacht, dass es sich bei den eingeladenen Gästen nicht um „arme, politisch bedrängte Personen aus Südosteuropa“ handele, sondern um sehr selbstbewusste und teilweise auch recht junge Menschen, die auf ihre Art und Weise in ihren Ländern eine Minderheitenpolitik voran treiben. Allein dadurch hätten die Gäste schon sehr viel „Empowerment“ an sich mitgebracht – auch für die Kölner Seite. Dies habe sie als sehr positiv empfunden. Für das nächste Mal sei zu überlegen, wie man den Austausch für alle Beteiligten dokumentieren könne. Dies sei bei diesem Mal von den finanziellen aber auch menschlichen Ressourcen nicht mehr möglich gewesen. Deshalb sei dieser Punkt sicherlich bei der nächsten Besprechung als Thema zu diskutieren. Zuletzt bedankt sich Frau Brauckmann nochmals herzlich für alles.

Frau Bonnemann möchte zuletzt noch ergänzen, dass die Stadt Köln mit diesem Projekt für andere Städte ein Vorbild sei, also eine Leuchtturmfunktion übernehme. Bei-

spielsweise hätte der Bürgermeister von Essen von dem Austausch erfahren, weil auf der Fachtagung hier in Köln auch Aktivistinnen aus Essen dabei gewesen seien. Aus diesem Grund plane die Stadt Essen zum nächsten CSD in ihrer Stadt auch einen Austausch mit internationalen LGBT-Aktivist*innen aus den Partnerstädten von Essen.

Beigeordneter Herr Dr. Rau merkt an, dass dieser Aspekt die Stadt Köln besonders freue und bedankt sich für den Bericht.

5.2 Aktionsplan LSBTI **hier: mündlicher Sachstandsbericht**

Beigeordneter Herr Dr. Rau berichtet, dass die Planungen für die Auftaktveranstaltung auf Hochtouren laufen würden. Er verweist auf die ausgedruckten Einladungen der Oberbürgermeisterin, inklusive Programmablauf, die per Email verschickt worden seien und für alle auf den Tischen auslegen. Bevor Frau Bonnemann noch weitere Informationen zur Auftaktveranstaltung gebe, müsse er noch erwähnen, dass Frau Oberbürgermeisterin Reker nicht, wie geplant, an der Auftaktveranstaltung teilnehmen und das Grußwort sprechen könne. Frau Reker würde dies sehr bedauern, aber sie müsse an diesem Nachmittag einen anderen Termin wahrnehmen, den sie weder absagen noch verschieben könne. Jedoch würde Frau Scho-Antwerpes sie vertreten können. Er selbst werde bis zum Ende bleiben und das Schlusswort sprechen können.

Frau Bonnemann erläutert das Programm der Auftaktveranstaltung kurz. Das Ziel des Aktionsplans insgesamt sei, einen Handlungsrahmen zu schaffen, der städtische Maßnahmen gegen Homo- und Transphobie und für Teilhabe und Akzeptanz von LSBTI bündelt und für die nächsten Jahre fortschreibt. Für die Auftaktveranstaltung, die so auch von der StadtAG gewünscht gewesen sei, erhoffe man sich eine breite Beteiligung von Politik, Verwaltung und LSBTI-Communities. Seit Montag habe die Fachstelle LST schon weit über 40 Anmeldungen angenommen. Insgesamt könnten sich maximal 110 Personen anmelden. Bei der Auftaktveranstaltung würde man eine Steuerungsgruppe bilden, die sich nach der Auftaktveranstaltung in einem Zeitraum von ungefähr sechs Monaten treffen werde. Da die Fachstelle LST hauptverantwortlich für den Aktionsplan sei, werde sie auch die Hauptarbeit bei der späteren Erstellung des Aktionsplans übernehmen. Die Steuerungsgruppe sei letztendlich dazu da, den ganzen Prozess von fachlicher Seite zu begleiten. Dann hoffe die Fachstelle, dass der Entwurf des Aktionsplans ab nächstes Jahr Ostern als Ratsvorlage in die Ausschüsse und in den Rat gegeben werden könne. Bis zum Sommer oder Ende des Sommers solle der Aktionsplan dann verabschiedet werden. Die Fachstelle wolle den Prozess nicht zu lange hinauszögern. Lieber wolle man nach ungefähr zwei Jahren einen Neuaufschlag oder eine zweite Auflage machen, als zwei Jahre lang an dem Erstellungsprozess zu sitzen. Kern der Auftaktveranstaltung sei die Workshop-Phase. Man habe sich auf zehn Handlungsfelder festgelegt und dabei an anderen Aktionsplänen orientiert. Jeder Workshop würde durch eine Moderation begleitet. Nach dem kurzen Input zum Status Quo sollen in den Arbeitsgruppen dann Ziele und erste konkrete Maßnahmen –Vorschläge entwickelt und gesammelt werden. Diese würden dann nach der Pause priorisiert.

Die Steuerungsgruppe solle aus ungefähr acht Personen bestehen - drei von Verwaltungsseite (Dienststelle Diversity) und fünf Mitglieder aus den Kölner LSBTI-Communities. Gedacht sei an kompetente, interessierte und engagierte Menschen, die sich auf vier Treffen bis Anfang März festlegen können. 16-19 Uhr wird der Zeitrahmen sein. Der erste Termin sei der 25.10.2017. Innerhalb der Steuerungsgruppe sollten auch möglichst alle zehn Handlungsfelder kompetent abgedeckt sein. Die Fachstelle hoffe natürlich darauf, dass sich auch Mitglieder aus der StadtAG LST an der Steuerungsgruppe beteiligen.

Frau Brauckmann erkundigt sich, ob die Fäden bei der Fachstelle LST zusammenlaufen würden, also ob die Arbeitsergebnisse mit der Steuerungsgruppe rückgekoppelt würden, um dann in die Ratsvorlage zu münden.

Frau Rehberg bestätigt, dass die Federführung auf der Verwaltungsseite liege und die Steuerungsgruppe die Expertengruppe sei, die den Prozess des Aktionsplanes begleite und unterstütze. Natürlich werde die Verwaltung auch die Ratsvorlage erstellen, das hieße, die Verantwortlichen von der Verwaltungsseite seien am Ende auch diejenigen, die den Aktionsplan verschriftlichen würden. Deshalb wünsche sich die Verwaltung von der Steuerungsgruppe heraus einen fachlichen Input, aber den organisatorischen Rahmen würde die Verwaltung komplett übernehmen.

Frau Bonnemann ergänzt, dass bei den Maßnahmen-Vorschlägen natürlich geschaut werden müsse, was davon realisierbar und finanzierbar sei und wie die Fachverwaltungen dazu stehen. All das sei dann letztendlich die Aufgabe der Fachstelle.

RM Herr Klausning erklärt, dass er es begrüße, dass der Prozess kurz und knackig gehalten werde, weil man dann wirklich zu Arbeitsergebnissen komme. Eine praktische Frage habe er an Herrn Dr. Rau. Er würde gerne wissen, falls für die Erarbeitung in Workshops nochmal eine zusätzliche Moderation nötig sein sollte, ob dafür im Haushalt für 2017 Geld hinterlegt sei.

Beigeordneter Herr Dr. Rau bestätigt, dass finanzielle Mittel zur Verfügung stünden.

Herr Schuhmacher erklärt, dass er bei sich ein Zucken spüre, wenn es darum ginge in der Steuerungsgruppe eine größere Verantwortung zu übernehmen. Es sei ja immer so, dass viele Aktive aus der Community auch viele anderen Verpflichtungen und Aufgaben hätten und dass deswegen für einige eine Teilnahme an der Steuerungsgruppe nicht möglich sei.

Frau Rehberg antwortet zunächst auf die Frage von Herrn Klausning, dass insgesamt 25.000 Euro zur Erstellung des Aktionsplans zur Verfügung stünden. Das Geld, das dieses Jahr nicht ausgegeben werde, werde auf das nächste Jahr übertragen. Dadurch, dass das Ganze vertraglich gesichert sei, sei es möglich, dass dieser Übertragungsprozess so stattfinden könne. Des Weiteren sei es so, wie auch bereits aus dem Diversity-Konzept bekannt, dass alle Maßnahmen, die nicht kostenneutral seien, durch einzelne Beschlüsse im Nachhinein beschlossen werden müssen. Dies hieße, wenn der Aktionsplan insgesamt durch den Rat beschlossen werde, müsste man im Umsetzungsprozess die Maßnahmen, die Geld kosten, wieder in die Politik zur StadtAG bringen, damit sie mit den entsprechenden Mitteln beschlossen werden können. Dies würde ein langer Weg sein.

5.3 Studie: LSBTI als wirtschaftlicher Standortfaktor hier: mündlicher Sachstandsbericht

Frau Bonnemann berichtet für die Fachstelle LST, dass es nochmal ein Treffen mit der Arbeitsgruppe gegeben habe. Bei der letzten Sitzung hätte sie bereits berichtet, dass die Auswertung von Säule eins und zwei der Studie noch im Gange sei. Diese sei nun fertig. Genaue Ergebnisse könne sie im Moment noch nicht verkünden. Man könne aber mit hoher statistischer Verlässlichkeit sagen, wie groß die LSBTI-Community in Köln sei, im Vergleich zu der Größe der LSBTI-Community im Bundesgebiet. Darüber werde die Studie Informationen über demographische und wirtschaftliche Strukturen, über Konsum, Freizeit- und Reiseverhalten liefern und etwas über den Stellenwert der LSBTI-Community für die Stadt Köln aussagen. Umgekehrt werde man wissen, wie die Stadt Köln von außen betrachtet und - vor dem Hintergrund eine Hochburg von Lesben und Schwulen zu sein - wahrgenommen werde. Konkrete Ereignisse würden dann im Abschlussbericht genannt. Aktuell befände man sich in der Vorbereitungsphase zur dritten Säulen. Hier werde man gezielt Kölner Unternehmensvertreter zum Stellenwert der Kölner LSBTIQ-Community als Standortfaktor qualitativ und quantitativ befragen. Man rechne aktuell damit, dass die Erhebungsphase Ende des Jahres abgeschlossen werde.

5.4 Mehrstellen für LST im Stellenplan 2018

5.4.1 LST im Haushaltsjahr 2018 - v e r s c h o b e n a u f T O P 8.1.1 - 2719/2017

5.5 Dialog mit der Polizei hier: mündlicher Sachstandsbericht

Herr Schuhmacher berichtet, dass nach einem ersten Anlauf einen Termin zu finden, der nicht funktioniert habe, nun tatsächlich ein abgestimmter Termin mit allen Beteiligten festgelegt sei. Dieser Termin sei am 24.10.2017 und danach könne wieder berichtet werden.

5.6 Austausch zur Situation auf der Schaafenstraße: hier mündlicher Sachstandsbericht - v e r s c h o b e n a u f T O P 8.1.1 -

Beigeordneter Herr Dr. Rau berichtet, dass bei der Diskussion in der letzten Sitzung zum Thema homo- und transphobe Gewalt durch die Beiträge von Wirten aus der Schaafenstraße deutlich wurde, dass es Gesprächs- und Handlungsbedarf gebe. Auf Vorschlag von Herrn Dr. Lothar Becker hatte das Ordnungsamt am 21.06.2017 zu einem Treffen eingeladen, das so auch stattgefunden habe. Bei dem Treffen seien Wirte aus der Schaafenstraße, Vertreterinnen und Vertreter der Polizei, des Ordnungsamtes, des Rubicon und der AWO anwesend gewesen. Aus dem Protokoll dieser Sitzung sei es zu entnehmen, dass die Gewerbetreibenden der Schaafenstraße eine steigende Gewaltbereitschaft wahrnehmen würden. Sie seien besorgt über die zunehmende Zahl von „Antänzern“, die die teils angetrunkenen Gäste als Opfer sehen. Weiterhin habe die Sorge bestanden, während des CSD ein Anschlagziel darzustellen. Die Polizei habe bei dem Treffen angegeben, dass objektiv keine Zunahme von Straftaten zu erkennen sei. Laut Polizei werde der Bereich der Schaafenstraße auch durch den OPARI Dienst (Ordnungspartnerschaft Ringe der Polizei und des Ordnungsdienst) bestreift. Dieser Dienst sei aufgrund des Gespräches noch einmal besonders sensibilisiert worden. Es sei vereinbart worden, dass der Polizeibeamte

Herr Knochenhauer sich mit den Gastwirten in Verbindung setze. Unabhängig von den ordnungsbehördlichen und polizeilichen Maßnahmen, sollen zukünftig auch andere Konzepte und Kampagnen für einen besseren „Wohlfühlfaktor“ geplant werden. Ein Folgetreffen sei nicht mehr geplant.

Herr Schuhmacher ergänzt, dass zur Vorbereitung des Termins zum allgemeinen Dialog mit der Polizei verschiedene Gespräche, auch mit der Polizei, geführt worden seien. Dabei sei klar geworden, dass es auch zum Thema Schaafenstraße noch weiteren Gesprächsbedarf gebe. Er schlage vor, das Thema mit in den „Arbeitskreis Polizei“ reinzunehmen.

6 LSBTI Geflüchtete

6.1 Wohnungssituation für LSBTI-Geflüchtete

6.1.1 Unterbringung von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten mit LSBTI* Hintergrund Wohnprojekt Vogelsang 2879/2017

Frau Adams erklärt, dass die Wohnungen seit Montag, dem 18.09.2017, bezogen würden. Es sehe aktuell so aus, dass momentan drei Wohnungen noch nicht bezogen werden könnten. Die drei Wohnungen seien stark renovierungsbedürftig, teilweise seien sogar Sanierungsmaßnahmen erforderlich. Armaturen müssen ausgetauscht werden. Die Wohnungen seien immer noch wassertechnisch so belastet, dass man sie nicht frei geben könne. Das Problem werde man in den Griff bekommen. Als Unterkünfte würden meistens zweier WGs angeboten, man habe aber auch Einzelunterkünfte für besonders traumatisierte Menschen. Die Unterkünfte hätten eine eigene Küchenzeile und meistens auch einen kleinen Balkon. Sie würden sich in einem gut bürgerlichen, ruhigen Umfeld befinden. Die sanitären Anlagen seien gemeinschaftlich zu nutzen. Der Träger sei in der Mitteilung genannt. Sie stehe noch für weitere Fragen zur Verfügung sofern diese nicht bereits durch die Mitteilung beantwortet seien.

Beigeordneter Herr Dr. Rau bedankt sich bei Frau Adams. Er glaube, dass der letzte Satz der Mitteilung wichtig sei, nämlich dass man nach weiteren geeigneten Wohnungen suche. Man sehe natürlich einen deutlich höheren Bedarf und sei auch mit Energie dabei, weitere Unterkünfte zu ermöglichen.

Herr Schuhmacher ergänzt, dass bei dem Thema nicht nur eine Kooperation von rubicon e.V. und der Aidshilfe gebe, sondern dass es auch ein Netzwerk mit allen anderen Initiativen aus dem LSBTI Bereich gebe. Dadurch könne der Austausch verstetigt werden. So seien die Angebote, die es in Köln gebe, auch überall bekannt und alle könnten sich beteiligen. Er wolle sich beim Amt für Wohnungswesen bedanken für die Zusammenarbeit, die wirklich großartig gewesen sei. Es habe am Ende toll funktioniert. Die ersten Einzüge seien leichter gewesen als man erwartet habe und es sei gut, dass es endlich soweit sei.

Beigeordneter Herr Dr. Rau erklärt, dass er sich natürlich freue, dass die Stadt für die Zusammenarbeit gelobt werde. Er glaube, er könne dieses Lob so auch zurückgeben.

Frau Braukmann fände es schön, wenn dies so auch an die Presse weitergegeben würde - auch an die Community- Presse. Ausdrücklich möchte sie auch nochmal die

Initiative „Rainbow Refugees Cologne“ nennen, weil diese den Ball ins Rollen gebracht habe. Diese hätten sich jetzt auch als Verein etabliert.

7 Sichtbarkeit von Lesben in Köln

Beigeordneter Herr Dr. Rau erklärt, dass man den Punkt schon bei 5.1 behandelt habe.

8 Diversity

8.1.1 vorher 5.4.1 LST im Haushaltsjahr 2018 2719/2017

- zugesetzt –

Beigeordneter Herr Dr. Rau fragt, ob es Fragen zu der vorliegenden Mitteilung gibt.

Herr Blank erläutert, dass in der Sitzung vom 19.01.2015 Stadt AG ein Papier vorgelegt habe, was Berücksichtigung von „Diversity“ im städtischen Haushalt vorgeschlagen habe. Er und andere hätten damals zusammen gesessen und gesagt, man wolle nicht nur sehen, was in der Fachstelle LST im Haushalt geplant sei, sondern auch was generell geplant sei. Die Frage sei jetzt, wie das Papier in den Haushaltsverhandlungen aufgenommen worden sei oder was seit 2015 eigentlich damit passiert sei.

Herr Schuhmacher ergänzt, dass man als stimmberechtigtes Mitglied in der StadtAG LST nicht über einzelne Projekte aus den einzelnen Initiativen reden wolle, weil man sich da nicht als die richtige Runde sehe. Eher möge über das Grundsätzliche geredet werden und das würde bei der nächsten Sitzung durchaus auch noch reinpassen, weil es ein Dauerthema sei.

Beigeordneter Herr Dr. Rau schlägt vor, dass man Thema erneut als TOP für die nächste Sitzung aufnehme.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen

9 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

9.1 Auswahl von Delegationsmitgliedern für Reisen in Partnerstädte hier: mündliche Anfrage von Herrn Blank aus der Sitzung vom 08.06.2017

9.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Stadt AG LST vom 08.06.2017 Delegationsreisen 2867/2017

Beigeordneter Herr Dr. Rau fragt, ob man schon die Gelegenheit gehabt habe, diese Tischvorlage zur Kenntnis zu nehmen. Wenn es Rückfragen dazu geben sollte, könne man die auch bei der nächsten Sitzung besprechen.

Herr Blank erklärt, dass er sich die Antwort kurz durchgelesen habe. Er frage sich, ob man sagen könne, dass Diversity berücksichtigt sei, wenn die in der Vorlage erwähnte Verwaltungsvorlage von 2008 seit 2008 nicht mehr angepasst worden sei. Er fragt, ob

auch die Verwaltung davon überzeugt sei, dass der Diversity-Aspekt in dieser Vorlage von 2008 hinreichend berücksichtigt sei.

Beigeordneter Herr Dr. Rau erläutert, dass gehe nicht davon aus, dass dies das Endstadium des Diversity-Auslebens sei. Da man aber gerade am Beginn eines neuen Diversity-Konzeptes stehe, gehe er davon aus, dass das neue Diversity-Konzept auch noch hier hinein wirken werde.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

10 Berichte aus Ausschüssen

Beigeordneter Herr Dr. Rau fragt, ob es aus den Ausschüssen etwas zu berichten gebe.

Es gab keine Wortmeldungen.

11 Beschlüsse/Beschlussempfehlungen

11.1 Benennung stellvertretender sachkundiger Einwohner Sportausschuss

Abgeordneter Herr Dr. Rau erklärt, dass Herr Blank die Nachfolge eines stellvertretender sachkundigen Einwohners im Sportausschuss beantrage. Eine schriftliche Beschlussempfehlung liege vor.

Herr Blank erklärt, dass er hiermit Herrn Stephan Broggeve als seinen Stellvertreter im Sportausschuss vorschlage.

Beigeordneter Herr Dr. Rau fragt ob, es andere Vorschläge gebe.

Dies ist nicht der Fall.

Beigeordneter Herr Dr. Rau lässt über die Beschlussempfehlung abstimmen.

Beschluss

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule & Transgender schlägt dem Rat vor Herrn Stephan Borggreve gem. § 23a Abs. 3 Hauptsatzung der Stadt Köln als stellvertretenden sachkundigen Einwohner in den Sportausschuss zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen.

12 Anfragen/Anträge

Beigeordneter Herr Dr. Rau fragt, ob es Anfragen an die Stadtverwaltung gebe.

Es liegen keine Anfragen vor.

13 Öffentlichkeitsarbeit

Beigeordneter Herr Dr. Rau erläutert, dass heute ein Foto gemacht wurde für die Pressemitteilung zum Bezug des zweiten Wohnprojektes für LSBTI Geflüchtete. Man hoffe, dass die Pressemitteilung gute Verbreitung finden werde.

14 Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Beigeordneter Herr Dr. Rau erklärt, dass für die nächste Sitzung am 28. November 2017 ein Sachstandsbericht zur Erstellung des Aktionsplans LSBTI geplant sei. Dabei sollen die Ergebnisse der Auftaktveranstaltung zusammengefasst und von den ersten beiden Sitzungen der Steuerungsgruppe berichtet werden. Aus diesem Grund würde die Vorstellung der Ergebnisse der Wirtschaftsstudie, die für die November-Sitzung geplant gewesen sei, auf die erste Sitzung im neuen Jahr verschoben. Die Termine für die StadtAG-Sitzungen im Jahre 2018 stünden noch nicht fest. Er fragt, ob es weitere Themenvorschläge gebe.

Es gibt keine weiteren Themenvorschläge.

15 Verschiedenes

15.1 Fachtag "Zusammenhalten: sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Jugendhilfe"

Beigeordneter Herr Dr. Rau weist darauf hin, dass am Montag, dem 09.10.2017 im Historischen Rathaus ein NRW-weiter Fachtag zum Thema „Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Jugendhilfe“ stattfindet. Dieser werde organisiert von der NRW Fachberatungsstelle „gerne anders“ in Kooperation mit dem Jugendamt der Stadt Köln.

15.2 GAY*COM 2017: Städtetag für LSBT*-Arbeit in NRW

Beigeordneter Herr Dr. Rau weist darauf hin, dass die NRW-weite Veranstaltung dieses Jahr am Samstag, dem 14. Oktober in Düsseldorf stattfindet - auf Einladung des Oberbürgermeisters von Düsseldorf. Das Schwule Netzwerk NRW und die LAG Lesben in NRW übernehmen gemeinsam die Koordination dieses Vernetzungstreffens, alle kommunale Mitwirkende aus Vereinen, Politik und Verwaltung sowie weitere Akteur*innen der regionalen und landesweiten Politik für LSBT* in NRW seien eingeladen.

15.3 Erste Ehe-Schließungen gleichgeschlechtlicher Paare in Köln

Beigeordneter Herr Dr. Rau teilt mit, dass es am Montag, dem 02.10.2017, die ersten Eheschließungen von gleichgeschlechtlichen Paaren in Köln geben werde. Die Oberbürgermeisterin habe aus diesem Anlass die Beflaggung der Regenbogenfahne am Rathaus angeordnet. Sie plane dem ersten Paar persönlich zu gratulieren. Nachmittags werde dann auch Kölns einziger schwuler Standesbeamter selbst mit seinem Lebensgefährten den Bund der Ehe eingehen.

Herr Schuhmacher erklärt zum Abschluss, dass er sich bei Susanne Bonnemann von der Fachstelle LST bedanken möchte, da sie jetzt schon so viele Monate so viel zu tun habe und dies so toll bewältige.

Beigeordneter Herr Dr. Rau sagt, dass ihn dies außerordentlich freue. Er möchte diesen Dank nochmal vertiefen. Zum Abschluss entschuldigt er sich noch für das hohe Tempo dieser Sitzung, das durch den begrenzten Zeitrahmen bedingt gewesen sei. Er

bedanke sich herzlich für die aktive Mitwirkung und wünsche allen für ihre Aufgaben weiterhin viel Freude.

Gez. Dr. Rau

ausgefertigt: Frau Bonnemann